

Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 22. Februar 2011

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Haushalt 2011;
Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011
3. Spenden und Sponsoring;
Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 78 Abs. 4 GemO
4. Weitergewährung von Arbeitgeberzuschüssen an Gemeindebeschäftigte zur Altersvorsorge im Rahmen der Entgeltumwandlung und Beitritt zur ÖBAV Unterstützungskasse e.V.
5. Sanierung Sanitär- und Umkleidebereich Mehrzweckhalle Hüffenhardt;
Auftragsvergabe zur Beschaffung neuer Garderoben
6. Entscheidung über den Beitritt zum Förderverein Krebsbachtalbahn
7. Bauvorhaben; Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde gem. § 36 BauGB
Ausnahmeantrag zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Carport, FlstNr. 3151, Gemarkung Kälbertshausen, Mirabellensteige 4
8. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
9. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Bürgermeister Neff kann auf eine Zuhörerfrage zusichern, dass er sich mit dem Betreiber der Pizzeria bzgl. der Lärmbelästigung der Anwohner durch Gäste, die vor der Gaststätte rauchen, in Verbindung setzen wird.

zu Punkt 2

Bürgermeister Neff begrüßt Rechnungsamtsleiter Zipf zu diesem Tagesordnungspunkt und beginnt seine Ausführungen wie folgt:

"Kommunen steuern auf Rekorddefizit zu" ...

"Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an"...

"Die Krise der Kommunal Finanzen hält unvermindert an"...

"Allein die Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte mit über 41 Milliarden Euro. Vor 10 Jahren waren es noch 26 Milliarden Euro. Diese Entwicklung drängt die Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit"...

Diese Schlagzeilen sind aus Pressemitteilungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes entnommen. Sie verdeutlichen geradezu die immer noch klamme Kassenlage der öffentlichen Haushalte.

Auch wenn die Wirtschaft wieder Fahrt aufgenommen hat und sich die Daten nach oben orientieren, bis die Auswirkungen bei den Gemeinden ankommen vergeht noch eine gewisse Zeit.

Den vielen Positivmeldungen einer sich erholenden Wirtschaft in der Tagespresse, steht eine mehr als magere gesamtwirtschaftliche Ausgangssituation der kommunalen Haushalte gegenüber. Obgleich sich seit der Novembersteuerschätzung die Steuereinnahmen besser entwickeln als angenommen und damit über den Finanzausgleich etwas mehr bei den Kommunen ankommt, entsteht hierdurch ein verzerrtes Bild in der breiten Öffentlichkeit

Infolge der gesamtwirtschaftlichen Lage können wir bereits im zweiten Jahr in Folge die gesetzliche Zuführungsrate nicht erreichen. Dennoch können wir mit dem vorliegenden Haushalt unseren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und diese erfüllen. Wir wollen darüber hinaus im investiven Bereich verstärkt tätig werden. Dem Haushaltsvolumen 2010 mit 5.350.786 Euro (einschließlich Nachtragshaushaltsplan), steht ein geplantes Haushaltsvolumen 2011 von 6.224.584 Euro gegenüber. Größter Einzelansatz mit 800.000 Euro ist der Bereich Bildung und Betreuung.

Mit den Wohnumfeldmaßnahmen Brühlgasse und Ringstraße wollen wir den eingeschlagenen Weg einer innerörtlichen Strukturverbesserung weiterverfolgen und diese Bereiche insgesamt aufwerten. Einhergehend mit der Umsetzung des zweiten Abschnittes der Kanalsanierungen im Rahmen des Allgemeinen Kanalisationsplanes (AKP) sollen Schwachstellen im Kanalnetz beseitigt beziehungsweise verbessert werden, damit bei lang anhaltenden Niederschlägen oder Starkregen ein höherer Abflusswert erreicht werden kann.

Alle vorgesehenen Maßnahmen können wir aber nur umsetzen, wenn die eingeplanten Zuschüsse auch tatsächlich gewährt werden. Darüber hinaus sind wir gezwungen, unsere Rücklagenmittel bis auf den gesetzlichen Mindestbestand zurückzuführen. Erstmals seit acht Jahren sehen wir uns auch genötigt, Kredite aufzunehmen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird damit voraussichtlich auf 623 Euro steigen, damit aber immer noch unter dem Durchschnitt der Neckar-Odenwald-Kreis Gemeinden mit 940 Euro liegen. Dies kann jedoch nur ein schwacher Trost sein. Obendrein sind wir nicht umhin gekommen, die Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer auf jeweils 350 Hebesatzpunkte anzupassen und die Hundesteuer und Friedhofsgebühren zum 01.01.2011 anzuheben.

Wir wissen, was wir unseren Bürgerinnen und Bürgern zumuten und die Entscheidung ist auch nicht leicht gewesen. Sie war jedoch unumgänglich, zumal unsere Rechtsaufsichtsbehörde bereits bei der Bestätigung der Gesetzmäßigkeit des Haushaltes 2010 auf Einnahmeverbesserungsmöglichkeiten bei den Realsteuern, die deutlich unter dem Landkreisdurchschnitt liegen, und den Bestattungsgebühren hingewiesen hat.

Der vorliegende Haushalt dokumentiert die Handlungsfähigkeit der Gemeinde trotz ungünstiger Voraussetzungen und verdeutlicht eine umsichtige, ausgewogene und sparsame Haushaltspolitik vergangener Jahre.

Nur so können wir nochmals von unserer Rücklage aus vergangenen Jahren zehren."

Im Anschluss an das Vorwort des Bürgermeisters erläutert Rechnungsamtsleiter Zipf die wichtigsten Eckdaten des Haushaltes entsprechend Anlage 1 und führt aus, dass der Entwurf des Haushaltsplans 2011 in der Sitzung am 14.12.2010 vorgestellt und durch Gemeinde- und Ortschaftsrat vorberaten worden war.

Das Haushaltsvolumen wurde dabei auf	6.222.684,42 € festgestellt.
Davon entfielen auf	
den Verwaltungshaushalt	4.056.980,00 Euro
und den Vermögenshaushalt	2.165.704,42 Euro.

Im Vergleich zum vorberatenen Ergebnis wurden noch folgende Änderungen eingearbeitet:

Im Verwaltungshaushalt wurde eine Zuwendung für den KKS in Höhe von 700 € in Ansatz gebracht. Im Vermögenshaushalt wurde ein Investitionskostenzuschuss an den HSV in Höhe von 500 € eingestellt. Ferner wurden für die Wohnumfeldmaßnahme Brühlgasse der Ausgleichstockansatz von 15.000 € auf 25.000 € erhöht. Im Gegenzug konnten die geplanten Kreditaufnahmen um 10.000 € auf 420.000 Euro reduziert werden.

Das Haushaltsvolumen beträgt nun	6.224.584 €
Davon entfallen auf	
den Verwaltungshaushalt	4.057.680 €
und den Vermögenshaushalt	2.166.904 €

Nach Klärung einiger Rückfragen fasst das Gremium hinreichend informiert folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die in der Anlage 2 beigefügte Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011.

- einstimmig -

Im Anschluss an die Beschlussfassung spricht Bürgermeister Neff Rechnungsamtsleiter Zipf und dessen Team sowie den Mitarbeiterinnen im Hüffenhardter Rathaus seinen Dank für die Arbeiten im Zusammenhang mit Aufstellung und Vollzug des Haushaltsplanes aus.

zu Punkt 3

Bürgermeister Neff verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerraum Platz. Bürgermeister-Stellvertreter Hagner übernimmt den Vorsitz und erinnert daran, dass nach § 78 Absatz 4 Gemeindeordnung aus Gründen der Transparenz über die Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen das kommunale Hauptorgan zu entscheiden hat.

Weiter informiert er das Gremium darüber, dass bei der Gemeinde die in Anlage 3 aufgeführten

„Kleinspenden“ (bis 100 €) im Gesamtbetrag von 191,44 € sowie die nachfolgend aufgeführten Spenden über 100 € eingegangen sind.

Spender:	Höhe/Wert der Spende:	Zuwendungszweck:
Bürgermeister Walter Neff	105,00 Euro am 29.07.2010	Friedhofskapelle Máriakálnok
Pizzeria Bella-Marmaris	120,00 Euro am 25.07.2010	Partnerschaftstreffen Máriakálnok
Bürgermeister Walter Neff	400,00 Euro am 05.10.2010	Grundschule Hüffenhardt

Bürgermeister Neff hat die Spenden jeweils unter Vorbehalt der Entscheidung des Gemeinderates entgegengenommen.

Hinreichend informiert, fasst das Gremium folgenden

Beschluss

1. Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zur Annahme der Spenden von

Bürgermeister Walter Neff in Höhe von 105,00 Euro und 400 Euro.

2. Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zur Annahme der Spende der Pizzeria Bella-Marmaris in Höhe von 120,00 Euro.

3. Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zur Annahme der sog. „Kleinspenden“ im Gesamtbetrag von 191,44 Euro.

- einstimmig -

zu Punkt 4

BM Neff erteilt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Philipp das Wort. Diese führt aus, dass bereits im Oktober 2003 das Gremium die Einrichtung einer Pensionskasse bei der Sparkassen-Finanzgruppe zur Entgeltumwandlung für die Beschäftigten der Gemeinde beschlossen hat. Da für das umgewandelte Entgelt keine Sozialversicherungsbeiträge anfallen und die Gemeinde als Arbeitgeber nicht von der privaten

Vorsorge ihrer Arbeitnehmer profitieren will, stimmte das Gremium ferner zu, die auf Arbeitgeberseite eingesparten Sozialversicherungsbeiträge den Arbeitnehmern als Zuschuss zur privaten Vorsorge zu gewähren. Diese Zuschussgewährung war bis zum Ende der gesetzlich geregelten Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlungsbeträge (31.12.2008) befristet.

Nachdem Ende 2007 im Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge die Aufrechterhaltung der Sozialversicherungsfreiheit für die Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus geregelt worden war, stimmte das Gremium im Januar 2008 einer Weitergewährung der Arbeitgeberzuschüsse befristet bis 31.12.2010 zu. Da sich an den grundlegenden Vorgaben nichts geändert hat, schlägt Philipp vor, die Zuschüsse in Höhe der eingesparten Sozialversicherungsbeiträge unbefristet weiter zu gewähren.

Die Zuschüsse sollten jährlich entsprechend der Änderung der Sozialversicherungsbeiträge angepasst werden und bei Wegfall der Sozialversicherungsfreiheit entfallen.

Aufgrund der Tatsache, dass die Umlage an die Zusatzversorgungskasse Baden-Württemberg (ZVK) schrittweise in die nachgelagerte Besteuerung überführt wird, kommt es zu einer geänderten Besteuerung der ZVK-Umlage, d.h. die ZVK-Umlage wird bis 2025 schrittweise bis 4% der Beitragsbemessungsgrenze West steuerfrei gestellt.

Dieser Steuerfreibetrag kollidiert teilweise mit der Steuerfreiheit der Entgeltumwandlungsbeträge zur Pensionskasse und führt für Teilbeträge zur Steuerpflicht.

Mit der Gründung der ÖBAV Unterstützungskasse e.V. bietet die Sparkassen-Finanzgruppe einen Durchführungsweg an, der (anders als beim Durchführungsweg Pensionskasse) keine Berührung zur ZVK-Umlage hat und den Mitarbeitern damit die volle Ausschöpfung beider Steuerfreibeträge und den größtmöglichen finanziellen Mehrwert bietet.

Frau Philipp schlägt daher vor, den Mitarbeitern neben der Pensionskasse nun auch die Unterstützungskasse als Weg der betrieblichen Altersversorgung anzubieten und der Unterstützungskasse beizutreten. Der Beitritt ist für die Gemeinde als kommunaler Arbeitgeber kostenfrei.

Die Tatsache, dass für Mitarbeiter, die die Entgeltumwandlung weiterhin über die Pensionskasse betreiben, ein höherer Pauschalsteuersatz für die ZVK-Umlage vom Arbeitgeber zu entrichten ist als für Mitarbeiter, die den neuen Weg „Unterstützungskasse“ wählen, sollte bei der o.g. Zuschussgewährung unberücksichtigt bleiben, da die Übernahme der Pauschalsteuer für die ZVK-Umlage durch den Arbeitgeber tarifvertraglich festgelegt ist.

Umfassend informiert, fasst das Gremium folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die Weitergewährung von Arbeitgeberzuschüssen zur Altersvorsorge im Rahmen der Entgeltumwandlung in Höhe der eingesparten Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen und den Beitritt zur ÖBAV Unterstützungskasse e.V.

- einstimmig -

zu Punkt 5

Entsprechend der Abstimmung mit dem Gemeinderat hat die Verwaltung im Rahmen der Sanierung der Sanitär- und Umkleidebereiche Angebote für die Beschaffung neuer Garderobenbänke eingeholt, so Hauptamtsleiterin Philipp eingangs. Die einzelnen Angebote erläutert Sie anhand Anlage 4 und dem vorliegenden Prospektmaterial.

Das Gremium spricht sich aus gestalterischen Gründen für das Angebot der Firma Wagner Eckartsberg aus. Aus Gründen der längeren Nutzbarkeit sollen die Bänke aus Buchenholz und nicht aus dem weiche- ren Kiefernholz angeschafft werden.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Beschaffung neuer Garderobenbänke in Bucheholz entsprechend dem An- gebot der Firma Wagner, Eckartsberg, zum Gesamtpreis von 5.644,77 € zu.

- einstimmig -

zu Punkt 6

Nach dem erfolgreichen Neustart der Krebsbachtalbahn als Tourismusbahn im vergangenen Jahr ist, so der Vorsitzende in seinen Ausführungen, seitens des VRN der Verkehr mit 5 Zugpaaren auch für das Jahr 2011 gesichert. Der Beginn der Fahrten ist für den 1. Mai 2011 vorgesehen. Durch die Unterbringung des Triebwagens im Lockschuppen Hüffenhardt kann gegenüber 2010 ein zusätzliches Fahrtenpaar angebo- ten werden.

Zur Sicherung des weiteren Fortbestands der Bahn hat Bürgermeister Vogt aus Neckarbischofsheim die Gründung eines „Fördervereins Krebsbachtalbahn“ initiiert. Der Vereinszweck umfasst die Erhaltung der Nebenbahnstrecke in ihrer Gesamtheit und damit die Förderung der Kultur, Tradition und des Schienen- verkehrs als Teil der Heimat- und Technikgeschichte auf der Nebenbahn.

Neben engagierten Privatpersonen hat sich auch das Auto-Technik-Museum Sinsheim für eine Mitglied- schaft ausgesprochen. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Gemeinden entlang der Bahnstrecke Gründungsmitglieder werden würden. Der Jahresbeitrag würde sich pro Gemeinde auf 100 € belaufen.

Angesichts des Vereinszwecks und der überschaubaren Kosten schlägt Bürgermeister Neff vor, dem „Förderverein Krebsbachtalbahn“ beizutreten.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt den Beitritt zum „Förderverein Krebsbachtalbahn“ als Gründungsmitglied.

- einstimmig -

zu Punkt 7

Frau Philipp teilt mit, dass der Neubau des geplanten Wohnhauses im Kenntnisgabeverfahren angezeigt wurde. Bezüglich der Gestaltung des Daches wurde jedoch ein Antrag auf Abweichung von der im Be- bauungsplan „Hälde“ festgesetzten Dachform „Satteldach“ gestellt. Anstelle eines Satteldaches soll auf den Carport ein begrüntes Flachdach aufgebracht werden.

Unter der Voraussetzung, dass das Dach begrünt wird, hält Sie die Ausnahme von den Planfestsetzungen für städtebaulich vertretbar und empfiehlt, das entsprechende Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen.

Wie Ortsvorsteher Georg anschließend ausführt, hat sich auch der Ortschaftsrat entsprechend geäußert.

Mit dem Vorschlag der Verwaltung konform, fasst das Gremium folgenden

Beschluss

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde zum o.g. Ausnahmeantrag unter der Maßga- be, dass das Flachdach begrünt wird.

- einstimmig -

zu Punkt 8

- Ø Ortsvorsteher Geörg übermittelt aus der gestrigen Ortschaftsratsitzung den Dank für die zwischenzeitlich gelieferten neuen Tische und Stühle für das Kälbertshäuser Bürgerhaus. Geringfügige Reklamationen werden von der Verwaltung weitergeleitet.
- Ø Bürgermeister Neff berichtet, dass die Aufstellung der Schilder für den im Rahmen der Verkehrsschau vom 07.07.2010 angeordneten 30 km/h-Abschnitt von der Hauptstraße/Einmündungsbereich Staugasse bis zur Kälbertshäuser Straße (in Fahrtrichtung Haßmersheim) durch die Straßenmeisterei in den nächsten Tagen erfolgt.
- Ø Ferner informiert er darüber, dass für den Ausbau des Wirtschaftsweges Milbensee Mehrkosten für die Verstärkung des Planums im Unterbau von rd. 10.000 € anfallen. Bei 75% Förderung erhöht sich damit der Gemeindeanteil um 2.500 €.
- Ø Frau Philipp kann im Anschluss über die im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum vom Ministerium für Ländlichen Raum zur Förderung vorgesehenen Projekte berichten. Es sind dies die kommunalen Wohnumfeldmaßnahmen Ringstraße und Brühlgasse sowie zwei private Wohnbaumaßnahmen und eine gewerbliche Maßnahme in Hüffenhardt. Vor Beginn der Maßnahmen bleibt noch die abschließende Bewilligung durch das Regierungspräsidium abzuwarten.

Aus den Reihen des Gremiums erkundigt sich Gemeinderätin Holdermann-Volkert unter Bezugnahme auf einen Artikel im Amtsblatt über Inhalt und Ergebnis des Gesprächsabends zum Thema Bildung und Betreuung im Januar.

zu Punkt 9

Auch am Ende der Sitzung kann Bürgermeister Neff verschiedene Fragen eines Einwohners beantworten.